Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/1748

02. 02. 88

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Eid, Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 11/1672 —

Anschuldigungen des Bundesministers Klein gegen den Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO)

Der Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat mit Schreiben vom 1. Februar 1988 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

1. Wie begründet Bundesminister Klein seine Aussage, der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) sei eine von Kommunisten und anderen Linksextremisten beeinflußte Organisation?

Mit der Tatsache, daß im Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) auch Kommunisten und Linksextremisten mitarbeiten.

2. Ist Bundesminister Klein tatsächlich der Auffassung, daß Gewalt – wenn auch noch verklausuliert – bereits von Mitgliedsorganisationen des BUKO angesagt sei? Wenn ja, wie begründet er dies?

Ja.

In einem der Fuldaer Beschlüsse des BUKO vom 31. Mai 1987 heißt es: „Ein Ziel der Kampagne ist es, die Tagung der IWF und Weltbankstrategen in West-Berlin, deren Beschlüsse wieder Hungertod, Not und Elend von Millionen Menschen weltweit bedeuten werden, zu stören,... mit vielfältigsten Aktionen... bis zur Verhinderung."

Die im BUKO mitarbeitenden „Autonome Gruppen Westberlin" schreiben in ihrem „Autonomes Info" Nr. 4, vom März 1987 unter dem Titel „Verhindern wir den Kongreß": „alternative Gegenkongresse, Menschenketten, werden nicht ausreichen, einen effektiven politischen Widerstand gegen die Mordmaschinerie zu organisieren, um den Kongreß zu verhindern. Wir werden versuchen, unsere noch zu entwickelnden Widerstandsformen gegen die IWF-Tagung nachvollziebar zu machen... Mit ein bißchen Mühe müßte sich dieses Schauspiel (IWF- und Weltbank-Jahresversammlungen 1988) in einen Hexenkessel verwandeln lassen."

3. Geht Bundesminister Klein davon aus, daß der in der Presse gemeldete Anschlag auf das IWF/Weltbank-Vorbereitungsbüro in Berlin (West) vom BUKO zu verantworten ist? Wenn ja, wie ist er zu dieser Einschätzung gekommen?

Bundesminister Klein hat eine derartige Einschätzung zu keinem Zeitpunkt geäußert.

4. Auf welche „seriöse(n) Organisation(en) und wohlmeinenden Personen", bei denen nach Meinung von Bundesminister Klein die Gefahr besteht, daß sie sich „in das Netz grün-kommunistischer Radikaler einspinnen lassen", bezieht er sich konkret in dieser Aussage?

Auf gutmeinende, vor allem junge Menschen, die sich in zahlreichen Organisationen für die Dritte Welt engagieren.

5. Wie begründet Bundesminister Klein die Qualifizierung der Träger der IWF/Weltbank-Kampagne als „grün-kommunistische Radikale"?

Bundesminister Klein hat in diesem Zusammenhang nicht von Trägerorganisationen gesprochen. Der Bezeichnung „grün-kommunistische Radikale" liegen zahlreiche Veröffentlichungen, Beschlüsse und sonstige Verlautbarungen des BUKO und autonomer Gruppen zugrunde, die im BUKO mitarbeiten.

6. Wie begründet Bundesminister Klein die Heranziehung eines Zitats von Kirchenpräsident Spengler anläßlich des Trauergottesdienstes für die beiden ermordeten Polizisten in Frankfurt im Zusammenhang mit der IWF/Weltbank-Kampagne?

Kirchenpräsident Spengler hat in seiner Predigt anläßlich des Trauergottesdienstes für die beiden ermordeten Polizisten in Hessen die Frage gestellt, ob man nicht den Anfängen hätte wehren müssen.

Genau diese Frage stellt sich für Bundesminister Klein nach der Lektüre der in der Antwort zitierten Veröffentlichungen, die – wenn auch verklausuliert – mit Gewalt drohen, um die Jahresversammlungen in Berlin zu verhindern.

7. Trifft es zu, daß Bundesminister Klein jede Gelegenheit bei Gesprächen mit kirchlichen Vertreterinnen und Vertretern nutzt, um die Kirchen vor einer kritischen Auseinandersetzung mit der IWF- und Weltbank-Politik zu warnen?

Nein.

8. Was konkret sollen die Kirchen tun, um die Bemühungen der Bundesregierung für einen ungestörten Verlauf der IWF/Weltbank-Tagung zu unterstützen, wie dies Bundesminister Klein von ihnen gefordert hat (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 2. Dezember 1987)?

Die Kirchen können wie bisher zur Versachlichung der Diskussion beitragen und ihre Stimme gegen jegliche Gewaltanwendung erheben.

9. Liegen der Bundesregierung Informationen über ein Gespräch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin (West) mit dem EKD-Ratsvorsitzenden und Bischof von Berlin (West) vor, in dem der Regierende Bürgermeister gefordert haben soll, daß die Evangelische Kirche auf jede Veranstaltung zur IWF/Weltbank-Tagung in Berlin (West) im September verzichten soll?

Nein.

10. Wie wird das BMZ die 140 000 DM verwenden, die ihm im Haushalt 1988 zusätzlich für Öffentlichkeitsarbeit zur IWF/Weltbank-Tagung in Berlin (West) vom Deutschen Bundestag zugeteilt wurden?

Für Herstellung und Vertrieb von geeignetem Informationsmaterial über Weltbank/IWF und die Rolle der Bundesrepublik Deutschland in beiden Organisationen, Ankauf und Vertrieb einer Weltbank-Broschüre der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e. V. (DGVN) und ggf. für weitere flankierende Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit im Blick auf die Berliner Jahresversammlungen.

11. Wann wird sich das BMZ zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Gruppierungen in der Bundesrepublik Deutsch-

land (Kirchen, Gewerkschaften, entwicklungspolitische Hilfswerke und Basisgruppen etc.) über die Auswirkungen der Anpassungspolitik von Weltbank und IWF in der Dritten Welt bereit zeigen?

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit ist mit so gut wie allen seriösen gesellschaftlichen Gruppierungen in der Bundesrepublik Deutschland im laufenden Gedankenaustausch, auch über die Programme von IWF und Weltbank in Partnerländern der Dritten Welt.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333